

## Gewerbegebiet: Ökologie als Kriterium

Reken (lie/pd). Kein eindeutiges Ja zum Interkommunalen Gewerbegebiet an der A 31: Das ist das Ergebnis eines Gesprächs unter Sozialdemokraten. Bereits zum zweiten Mal in kurzer Zeit hatten sich die SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Borken, Heiden und Reken mit Mitgliedern der SPD-Regionalratsfraktion zu einem intensiven Austausch über das interkommunale Gewerbegebiet Borken-Heiden-Reken getroffen.

An dem Gespräch nahmen neben dem Vorsitzenden der Regionalratsfraktion Bernhard Daldrup auch Mitglieder der Planungskommission Münsterland und sozialdemokratische Vertreter aus Emscher-Lippe teil. Gisela Raupach (Reken), Hans-Jürgen Benson (Heiden) und Klaus Bunse (Borken) setzten sich nachdrücklich für die Realisierung des interkommunalen Gewerbegebietes an der A 31 ein und machten deutlich, dass das gemeinsame, parteiübergreifende Bestreben der drei Gemeinden wichtig für Gewerbeflächenentwicklung im ländlichen Raum sei. "Heiden und Reken haben keine nennenswerten Gewerbeflächenreserven mehr und die Flächen in Borken sind für das interkommunale Gewerbegebiet so nicht verwendbar", machte Raupach die existentielle Bedeutung dieser Frage für alle drei Orte deutlich.

Daldrup bekräftigte die grundsätzliche Unterstützung seiner Fraktion zur Schaffung interkommunaler Gewerbegebiete. Deutlich jedoch wurden bei dem Termin drei Punkte, die noch nicht geklärt sind: Die Verflechtungen mit dem Emscher-Lippe-Raum müssten berücksichtigt werden. "Für die nach wie vor ablehnende Haltung der Nachbarschaft - insbesondere aus Gladbeck und Bottrop - muss eine Lösung gefunden werden", betonte Daldrup. Ein Weg sei eine deutliche Reduzierung der Gewerbeflächen. Eine Blockierung der Weiterentwicklung von Reken, Heiden und Borken müsse vermieden werden.

Zweitens sei die Einbettung des Gewerbegebiets in das regionale Gewerbeflächenkonzept im Rahmen des neuen Regionalplanes fürs Münsterland abzuwarten. Die SPD im Regionalrat Münster habe ein solches Konzept seit Jahren gefordert.

Der ökologische Ausgleich ist der dritte zu klärende Punkt, vor allem die aktuellen Aussagen der Landesregierung, den Flächenverbrauch deutlich zu reduzieren. Aktuell solle zum Beispiel bei dem geplanten Gewerbegebiet nur ein 1:1-Ausgleich erfolgen, obwohl es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handele.

11. Juli 2007 |

Quelle: **Borkener Zeitung**